

Herr Lorenz stellt Herrn Gnitsko von der Uni Essen vor, der als externer Berater beauftragt wurde und unmittelbar vor der Schulausschusssitzung bereits mit den Schulleitungen des Gymnasiums, der Realschule sowie der Hauptschule sowie einzelnen Vertretern der im Schulausschuss vertretenen Fraktionen in Verbindung getreten ist.

Herr Gnitsko berichtet, dass Sekundarschulen landesweit bereits in großer Anzahl gegründet wurden, es für Radevormwald aber ein neues Konzept ist, welches eine große Transparenz und ausreichende Einbeziehung der Lehrer und Eltern erforderlich macht. Mit Ratsbeschluss für eine Sekundarschule hat sich die Stadt Radevormwald künftig für ein 2-gliedriges Schulsystem entschieden. Schüler, die sich für den Weg des Abiturs entscheiden, haben zukünftig die Wahl zwischen G8 und G9.

Herr Gnitsko wird den Prozess der Einrichtung einer Sekundarschule wie folgt begleiten:

- Bildung eines extern begleiteten Beirats mit einem Personenkreis aus Politik, Verwaltung und Schulleitungen aller Schulen unter Leitung der Verwaltungsspitze
- Bildung einer extern moderierten Konzeptgruppe mit interessierten Pädagogen der Hauptschule, der Realschule, dem Gymnasium und dem Berufskolleg
- Informationen an Grundschulleitungen und Grundschullehrer
- Informationsveranstaltungen an den Grundschulen für die Eltern der 4. Klassen
- Vor den Sommerferien Bildung von Elternworkshops zur Einbeziehung der Eltern des Aufbaujahrgangs der Sekundarschule
- Workshops mit dem Gründungskollegium zur Teamentwicklung und zu kooperativen Unterrichtsstrukturen

Frau Greif ist dankbar für die externe Unterstützung und hofft, nötige Strukturen zu schaffen, damit zum Anmeldetermin positive Ergebnisse erzielt werden können.

Herr Wolff nimmt Bezug auf die in der Verwaltungsvorlage angesprochene Beschulungsvereinbarung. Die Stadt Radevormwald wirbt damit, Schüler vor Ort beschulen zu wollen, aber bittet Nachbarstädte, ihre Schüler nach Radevormwald zu schicken. Herr Lorenz erläutert hierzu, dass ohne diese Beschulungsvereinbarung nur Rader Kinder bei der Erreichung der Mindestzahl von 75 berücksichtigt werden können. Mit der Bitte um Stellungnahme zur Beschulungsvereinbarung sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass nichts unversucht bleiben soll, diese Mindestzahl zu erreichen. Seitens der Verwaltung wird erklärt, dass aber bereits 3 der beteiligten Kommunen ihre Absage hierzu erteilt haben. *(Anmerkung: nachträglich wird noch die Stadt Wuppertal zu einer evtl. Beschulungsvereinbarung um Stellungnahme gebeten)*

Herr Gnitsko weist darauf hin, dass entgegen dem damaligen Anmeldeverfahren, das geplante Anmeldeverfahren zur Sekundarschule parallel zum Anmeldeverfahren des THG erfolgen wird.

Herr Lorenz fasst zusammen, dass unter Begleitung eines externen Beraters das Anmeldeverfahren auf den richtigen Weg gebracht wird. Mit viel Transparenz und unter Beteiligung aller beteiligten Personenkreise wird die Sekundarschule positiv an den Start gehen können. Anstehende Termine werden kurzfristig abgestimmt und bekannt gegeben.